

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **02.03.2020**
Antragsnr.: **040/2020**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **I/31**
mit Referat:

erlanger linke

Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, 17.02.2020

**Antrag an den Stadtrat zur Behandlung in der aktuellen Wahlperiode
„Bienenschutz im Stadtgebiet“**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Janik,

viele Bürger berichten, dass im vergangenen Sommer in ihren Gärten, wie z. B. Reihengärten in Büchenbach-Nord, fast keine Imker-Honigbienen mehr gesehen wurden, sondern nur noch Wespen verschiedener Art, einige Hummeln und – erfreulicherweise doch noch – einige Wildbienen. Es wäre daher dringlich, festzustellen, ob das wirklich nur darauf zurückgeht, dass einzelne Imker keine Bienenkästen mehr aufstellen oder ob der Einsatz bienenschädlicher, sprühbarer Pestizide eine wesentliche Ursache dafür sind.

Daher stellen wir den **folgenden Antrag** und bitten um Behandlung noch in der aktuellen Wahlperiode des Stadtrats, spätestens in der **April-Sitzung 2020**:

1. Die Verwaltung möge feststellen, wie viele Bienen aus Imker-Haltung rechnerisch auf einen Quadratmeter des Stadtgebiets kommen.
2. Die Verwaltung möge darlegen, wie sich die aktuelle Zahl mit den Werten aus der Vergangenheit vergleichen lässt und was die Gründe für eine eventuelle Verringerung sind.
3. Die Verwaltung möge durch eine Umfrage bei den Imkern feststellen, wie diese die aktuelle Vergiftungsgefahr für ihre Tiere einschätzen und ob sie die Droplet-Methode (im beigefügten Artikel beschrieben) als eine Verbesserung ansehen.
4. Auf stadteigenen Flächen werden ab sofort keine derartigen Pestizide mehr eingesetzt. Im Falle einer Verpachtung wird dies in die Pachtverträge aufgenommen und wirksam kontrolliert. Gleiches gilt für die Eigenbetriebe sowie die GEWOBAU Erlangen und die Erlanger Stadtwerke.
5. Die Verwaltung bewirbt aktiv bei den Privathaushalten die Vermeidung bienenschädlicher, sprühbarer Pestizide. Sie erstellt, gemeinsam mit dem örtlichen Imkerverband, eine Broschüre, in der für die Vermeidung solcher Pestizide geworben wird und ökologisch vertretbare Alternativen vorgeschlagen werden. Die Broschüre wird flächendeckend an Privathaushalte mit Gartenanteil verteilt.
6. Die Verwaltung wirbt aktiv bei den Erlanger Unternehmen, Landwirten, Behörden, Universität, Universitäts- und Bezirksklinikum usw., mit dem Ziel, dass diese auf solche Pestizide verzichten.
7. Die Stadtverwaltung setzt sich bei den Erlanger Wohnungsgesellschaften, insbesondere der GEWOBAU, dafür ein, dass an bestehenden und neu zu errichtenden Balkonen Vorrichtungen für Blumenkästen angebracht werden.
8. Die Stadt Erlangen setzt sich bei den zuständigen Parlamenten und Regierungsstellen dafür ein, dass möglichst bald der Verkauf bienenschädlicher, sprühbarer Pestizide an Privatpersonen (Nichtfachleute bezügl. Pestizid-Handhabung) verboten wird.
9. Das Image der Stadt als „Nachhaltigkeits-Kommune“ und "Klimanotstands-Kommune" soll genutzt werden, um eine größere öffentliche Aufmerksamkeit für das Problem zu erreichen.

Begründung:

Weitere Begründung siehe beigefügter EN-Artikel.

Zudem wird beim gegenwärtigen Stand kaum ein/e Privatgarten-Besitzer*in ihre/seine Pflanzen anders gegen Schädlinge schützen als durch eine zerstäubende Spritze. Daher ist es unumgänglich, hier aktiv zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
(*Stadtrat*)

Anton Salzbrunn
(*Stadtrat*)